



Vorlage Nr. 23-O-25-0046

## Tagesordnungspunkt 17

### der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Mainz-Kastel am 11. Juli 2023

*Gesetzlich zwingend vorgeschriebene Beteiligung des Ortsbeirats einhalten - auch bei Planungen für ein archäologisches Depot (AUF)*

---

Der Ortsbeirat verweist auf die geltenden rechtlichen Vorschriften:  
"Die Beteiligung des Ortsbeirats bei allen wichtigen Angelegenheiten des Ortsbezirks ist gesetzlich zwingend vorgeschrieben (§ 82 HGO)".

Der Ortsbeirat weist darauf hin, dass in der jüngsten Vergangenheit und auch noch aktuell bereits große, klimatisch für die bebauten Wohngebiete bedeutsame Flächen versiegelt wurden und werden und hierbei auch Flächen für die regionale Landwirtschaft und den Artenschutz verloren gehen. Der Ortsbeirat stellt fest: Mit dem "Ostfeld" und dem Bereich "Östlich der Boelckestraße"/"Krautgärten 2" sollen nach dem Willen des Stadtplanungsdezernats weitere große Flächen einer Bebauung zugeführt werden.

Der Ortsbeirat sieht diese Entwicklung kritisch und erwartet frühzeitige Beteiligung, damit sich nicht Planungen verfestigen, die für den Ortsbezirk von Nachteil sein könnten.

Der Ortsbeirat erwartet, dass ihm die bisherigen Planungen zu einem Archäologischen Depot auf Kasteler Gemarkung nach der Sommerpause vorgestellt werden, ihm umgehend diesbezügliche Planungen übermittelt werden und er nicht auf diesbezügliche Presseinformationen angewiesen ist.

#### **Begründung:**

Der Tagespresse war am 1. Juli 2023 (siehe Anlage) zu entnehmen, dass schon seit mehreren Jahren die Errichtung eines Archäologischen Depots in Mainz-Kastel auf einer über 2 Hektar großen, gegenwärtig landwirtschaftlich genutzten Fläche geplant ist, ohne dass dies dem Ortsbeirat zur Kenntnis gegeben wurde.

AZ 1. Juli 2023

# Archäologisches Depot fürs Ostfeld

Land hat für Umzugspläne des Lagers „hinreichend Geld“ / Stadt ist für Ansiedlung im neuen Wohnviertel in Kastel

Von Wolfgang Wenzel

**KASTEL.** Das Land Hessen will ein neues Archäologisches Zentraldepot bauen. Die Stadt dient ihm dafür das Ostfeld an. Ein Termin für einen Vorvertrag platzierte jedoch: „Die Unterzeichnung einer Absichtserklärung für ein geeignetes Grundstück ist in Vorbereitung“, ließ es auf Anfrage im Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst.

## Depot als sozialer Kitt im Ostfeld-Quartier

Die Stadt setzt offenbar große Hoffnungen auf das Projekt. Es soll wie kultureller Kitt dem neuen Wohnviertel zu mehr Identität verhelfen. Der Arbeitstitel heißt „Kulturmelie“. Zusammen mit der Erbenheimener Warte und der Mosbacher Sande wäre das Depot einer der Eckpfeiler. Die Sandgrube im Westen des Ostfelds gilt als eine der bedeutendsten Fundstellen von Fossilien in Hessen.

Heute ist das Zentraldepot in Biebrich beheimatet. Es ist dem Landesamt für Denkmalpflege angegliedert. In der Nähe des Schlosses sind die Funde in einer gemieteten Industriehalle eingelagert. Kartons mit Verstärkungen, Schwertern, Scherben und Schmuck aus der Vorzeit stapeln sich bis unter das Dach. Die Halle ist der Fülle der Objekte nicht mehr gewachsen. Manche Fundstücke werden in Tanks unter Wasser aufbewahrt, damit sie bis zur Konservierung nicht zerfallen. Andere überdauern die Zeit in Kühlschränken.

Mitarbeitende berichten in Imagefilmen von ihrer Arbeit. Nicht Geld und Gold bestimmen den Wert der Funde. Was zähle, sei die Bedeutung für die Wissenschaft, heißt es in Kommentaren. Die Anschrift des Depots findet sich in keinem öffentlichen Register. Nicht einmal die Ortsverwaltung kennt



Das Land will ein neues Archäologisches Zentraldepot bauen, die Stadt bringt dafür das Ostfeld ins Gespräch. Foto: Stefan Sämmerrhiz

seine Existenz. Für Wissenschaftler aus der ganzen Welt dagegen ist das Zentraldepot eine gute Adresse. Sie gehen darin ein und aus.

In dem Depot sind rund 50 Mitarbeitende beschäftigt. Neben dem Hauptsitz in Biebrich bestehen Außenstellen in Marburg und Darmstadt.

## Absichtserklärung ist noch nicht unterschrieben

Für eine Neuorientierung gebe es Gründe. Die Halle in Biebrich entspräche nicht dem Stand der Arbeits- und Sicherheitstechnik. Sie böte keine Perspektive zur Erweiterung, sagte Ministeriumssprecher Volker Schmidt. Ein Expandieren wäre jedoch notwendig, wegen reger Bautätigkeit im Rhein-Main-Gebiet und der damit verbundenen Zahl der Funde. Die Anforderungen an das Bergen und Sichern des archäologischen und paläontologischen Kulturerbes des Landes wüchsen. Außerdem brauchten Teile, die aus der Auflösung von kleinen Museen und Sammlungen stammten, einen Platz. Mitte

voriger Woche ließen sich einige Parlamentarier der regierenden Mehrheit im Rathaus in die Pläne einwerfen. Ein Wiesbadener Architekturbüro hatte sie 2020 im Konjunkt mit den Ostfeld-Projektionen entworfen. Das Zentraldepot könnte im Südosten des Hanges am Fort Biebler auf einem lang gestreckten Grundstück an der Ecke zur Boelckestraße entstehen. Als Teil des Entwicklungsgebietes

Ostfeld läge es im urbanen Stadtquartier, wie das geplante Wohnviertel im Süden genannt wird. Hauptzweck der Entwicklungssatzung ist laut Gesetz die Abwehr einer Notlage bei Wohnen und Gewerbe. Mit einem Archäologischen Zentraldepot dagegen würde die Rolle des Ostfelds als Behördenstandort gestärkt. Das Bundeskriminalamt (BKA) sowie das Depot seien als bedeutende Stadtbaustei-

lung zur werten. Öffentliche Nutzungen rückten das Ostfeld-Projekt in ein gefälliges Licht, heißt es in einer Präsentation.

Das Grundstück für ein Depot wäre 2,5 Hektar groß. Vorgesehen seien zwei Ausbaustufen, die erste auf 10.000, eine zweite auf 5000 Quadratmetern.

Das Ministerium für Wissenschaft und Kunst macht weitere Vorgaben. Der Neubau soll einem Hochregallager sowie Multifunktionsflächen und Räumen zum Zwischenlagern von Funden Platz bieten. Außerdem Werkstätten zur Restaurierung und Präparierung sowie Labore, Forschungsbereiche und Büros.

Für Untersuchungen und Planungen stehe im Landeshaushalt hinreichend Geld zur Verfügung. Das Projekt sei in der mittelfristigen Finanzplanung verankert, sagte der Ministeriumssprecher.

Ursprünglich sollte eine Absichtserklärung Mitte Juli unterschrieben werden. Im Rathaus gab es keine Informationen über den Sachverhalt. Ein Termin werde mit den Ministerien abgestimmt, sagte Stadtsprecher Ralf Munser.



Das Archäologische Zentraldepot, eine laut des Landesamts für Denkmalpflege „gute Adresse für Wissenschaftler aus aller Welt“, befindet sich noch in einer Industriehalle in Biebrich. Allerdings erfüllt der Standort nicht die Anforderungen an die Arbeits- und Sicherheitstechnik. Foto: Lars Görze/Landesamt für Denkmalpflege Hessen

## Beschluss Nr. 0092

Der Antrag der AUF-Fraktion wird antragsgemäß beschlossen.

## Verteiler:

Dez. I

z. w. V.

Bohrer

Ortsvorsteher